

//PRESSEINFORMATION//

09/2021

Saarbrücken, 04.02.2021

**GEW fordert eine Dienstunfallanerkennung bei Infektion mit Coronavirus
Teilerfolg bei Unterstützungsmöglichkeiten für verbeamtete Lehrkräfte mit
Betreuungsbedarf für ihre Kinder**

Saarbrücken – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Saarland, fordert, dass eine Corona-Infektion für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst als Dienstunfall anerkannt wird. Auch in den Schulen wird dies, trotz Präsenz in Notbetreuungen und in Abschlussklassen, weiterhin verwehrt, obwohl die Bedingungen der Kolleginnen und Kollegen gerade in Schulen durch eine hohe Kontaktdichte nicht unbedingt zu den risikoarmen Arbeitsplätzen zählen und teilweise auch nicht vollumfängliche Schutzmöglichkeiten bieten. Eine Infektion vor Ort kann somit auch unter den gegebenen Schutzmaßnahmen nicht immer ausgeschlossen werden. Eine Infektion während des Dienstes seitens der Betroffenen ist aber schwer zu beweisen.

Die Landesvorsitzende der GEW-Saarland, Birgit Jenni, hat sich deshalb mit den beiden DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, David Maaß (GdP) und Thomas Müller (ver.di) und Eugen Roth (Stellvertretender DGB-Vorsitzender), in einem Brief an den Ministerpräsidenten Tobias Hans als obersten Dienstherrn aller Beamtinnen und Beamten im Saarland gewandt. „Leider warten wir immer noch auf eine Antwort, so dass wir uns nun öffentlich an ihn wenden. Wir erinnern an den Diensteid, dass die Kolleginnen und Kollegen sich des besonderen Schutzes des Staates sicher sein können. Dies fordern wir ein“, so Birgit Jenni.

In dem Brief an den Ministerpräsidenten haben die Gewerkschaften ebenso eine Gleichbehandlung der Beamt*innen für die Freistellung vom Dienst wegen Kinderbetreuung gefordert. Das Bildungsministerium hat gestern auf die Problemlage reagiert und in einem Rundschreiben an alle Schulen eine Unterstützungsmöglichkeit von bis zu 5 Arbeitstagen im Urlaubsjahr für verbeamtete Lehrkräfte mit Betreuungsbedarf für ihre Kinder, angekündigt. „Diese Initiative begrüßen wir, sehen dies aber trotzdem nur als halbherzigen Schritt in die richtige Richtung. Es bleibt offen warum nicht, wie bei Angestellten in der Pandemie ein zusätzlicher Anspruch auf 10 Kindergeldkrankentage gewährt wird“, betont Birgit Jenni. Da auch verbeamtete Beschäftigte in Schulen, Verwaltungen, bei der Polizei sowie im gesamten öffentlichen Dienst ihre Kinder betreuen müssen, falls keine andere Betreuungsmöglichkeit zur Verfügung steht, regen wir eine Angleichung bzw. Gleichbehandlung aller an, womit auch den Beamtinnen und Beamten zusätzlich 10 Kalendertage im Jahr 2021 wegen Kinderbetreuung zu gewähren wären. Diese Anregung sollte positiv geprüft und im Rahmen der Fürsorgepflicht des Dienstherrn Saarland baldmöglichst umgesetzt werden, da der Betreuungsfall für viele Eltern derzeit bereits akut ist. ■

Anhang: Brief an Ministerpräsident Hans



DGB Rheinland-Pfalz / Saarland | Fritz-Dobisch-Straße 5 | 66111 Saarbrücken

Ministerpräsident des Saarlandes

Tobias Hans

Per e Mail ministerpraesident@staatskanzlei.saarland.de

Eugen Roth

Stellvertretender Bezirksvorsitzender

Erweiterte Fürsorgeleistungen des Arbeitgebers Saarland für seine Beschäftigten 13. Januar 2021

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Hans, lieber Tobias,

vorab ein gutes, noch immer neues Jahr 2021! Gesundheit und Glück Dir und Deiner Familie!

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes GdP, GEW und ver.di sowie ihr Dachverband DGB machen angesichts der besonderen, Pandemie bedingten Ausnahmesituation sowie der besonderen Gefährdungslage für die Bediensteten und den damit verbunden, besonderen Schutzbedürfnissen und Ausgleichsmaßnahmen folgende Vorschläge:

1.) Freistellung vom Dienst wegen Kinderbetreuung:

Die Bundesregierung hat eine weitere finanzielle Hilfe für Eltern auf den Weg gebracht, die ihre Kinder wegen aus Infektionsschutzgründen geschlossener Schulen und Kitas zuhause betreuen und dafür frei nehmen müssen. Mittels eines erweiterten Kinderkrankengeldes kann jedes Elternteil nun zusätzlich zu den bisherigen zehn Kinderkrankengeldtagen weitere zehn Arbeitstage im Jahr 2021 zuhause bleiben, ohne ganz auf Einkommen verzichten zu müssen. Hierfür reicht eine Bescheinigung der Kita bzw. Schule. Bei Alleinerziehenden verdoppelt sich der Anspruch.

Der Anspruch gilt jedoch nur für gesetzlich krankenversicherte Eltern. Die Vielzahl der saarländischen Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind jedoch verbeamtet. Hier besteht eine große Rechtsunsicherheit, welche Rechte und Pflichten im notwendigen Betreuungsfall bestehen.

Da auch verbeamtete Beschäftigte in Schulen, Verwaltungen, bei der Polizei sowie im gesamten öffentlichen Dienst ihre Kinder betreuen müssen, falls keine andere Betreuungsmöglichkeit zur Verfügung steht, regen wir eine Angleichung bzw. Gleichbehandlung aller an, womit auch den Beamtinnen und Beamten zusätzlich zehn Kalendertage im Jahr 2021 wegen Kinderbetreuung zu gewähren wären. Diese Anregung sollte positiv geprüft und im Rahmen der Fürsorgepflicht des Dienstherrn Saarland baldmöglichst umgesetzt werden, da der Betreuungsfall für viele Eltern derzeit bereits akut ist.

**Für weitere Absprachen
wenden Sie sich bitte an:**

Tina Degen

Assistentin

tina.degen@dgb.de

Telefon: 0681 40001-16

Telefax: 0681 40001-20

td

Fritz-Dobisch-Straße 5

66111 Saarbrücken

Eine umgehende Information gegenüber den Beschäftigten bzgl. ihrer Rechte und Pflichten im Betreuungsfall ist daher ebenfalls dringend erforderlich.

2.) **Anerkennung von Corona – Infektionen als Dienstunfall:**

Die Beschäftigten unseres öffentlichen Dienstes im Saarland sowie auch darüber hinaus leisten in der Corona Epidemie und somit in einer völligen Ausnahmesituation eine hervorragende Arbeit. Nicht wenige sagen: „Die halten den gesamten Laden am Laufen!“ Im Rahmen ihres Publikumsverkehrs sind unsere Beschäftigten aber auch zwangsläufig vielen dienstlich veranlassten Kontakten ausgesetzt. Eine in dienstlichem Zusammenhang erlittene Infektion kann u.U. schwerste Folgen, ja Langzeitfolgen, haben. Erinnert sei beispielhaft und nicht abschließend an Auseinandersetzungen im Rahmen des Polizeidienstes, an den Schuldienst oder auch an nicht virtuell durchführbare Bürgerkontakte oder wichtige Besprechungen usw. Eine besondere Ausnahmezeit erfordert unserer Ansicht nach auch eine besondere Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Deshalb regen wir an, dass bei Anzeige einer im dienstlichen Zusammenhang erfolgten Infektion mit Covid 19 grundsätzlich von einem Dienstunfall auszugehen ist, um mindestens die gesamten Heilmaßnahmen und Folgen für unsere Kolleginnen und Kollegen zu erleichtern bzw. zu mindern. Klärungen über den Rechtsweg sollten angesichts der besonderen Leistungen der Beschäftigten sowie der in besonderem Maße erforderlichen Solidarität und Fürsorge möglichst vermieden werden. Unbürokratische Lösungen sind nach unserer Ansicht das Gebot der Stunde.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
wir würden uns freuen, wenn unsere Anregungen aufgenommen und umgesetzt würden.
Für eine baldmögliche Benachrichtigung über den Bearbeitungsstand wären wir dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Eugen Roth
DGB Rheinland-Pfalz / Saarland

gez.
Thomas Müller
ver.di Region Saar Trier

gez.
David Maaß
GdP Saarland

gez.
Birgit Jenni
GEW Saarland